
FDP Hanau

MIT JOB-TURBO, AZUBI-CAMPUS UND DER GEMEINSAMEN EINRICHTUNG EFFEKTIV ARBEITSLOSIGKEIT UND FACHKRÄFTEMANGEL BEKÄMPFEN

16.02.2024

Hanauer Liberale im Gespräch mit der Bundesagentur für Arbeit

Nachdem die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahr 2020 nur die Richtung nach unten kannte, zeigte sich der Arbeitsmarkt seit Ausbruch der Coronapandemie und dem darauffolgenden Beginn des Krieges in der Ukraine weniger erfreulich. Auch zum Start in das Jahr 2024 gab es über die üblichen saisonbedingten Effekte hinaus erneut einen leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit im Agenturbezirk Hanau, erklärte Heike Hengster, Vorsitzende der Geschäftsführung der Bundesagentur für Arbeit der Delegation der Hanauer FDP mit der ehrenamtlichen Stadträtin Angelika Opfermann, dem Fraktionsvorsitzenden Henrik Statz sowie den Stadtverordneten Holger B. Vogt und Martin Gutmann. 12.968 Menschen waren hier arbeitslos gemeldet, 675 mehr als im Dezember und 1.480 mehr als im Januar des Vorjahres. Die Arbeitslosenquote stieg im Vergleich zu 5,3 Prozent im Dezember und 5,0 Prozent im Januar 2023 auf 5,6 Prozent an. Gleichzeitig zählt die Hanauer Arbeitsagentur 2.542 offene Stellen im Januar. Im Jahr 2018 waren dies noch rund 3.200 Stellen. Mitverantwortlich für den Anstieg der Arbeitslosigkeit ist die Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine, die direkt Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch SGB II erhalten, also in der Regel Bürgergeldempfänger sind. Während Geflüchtete aus Drittstaaten zunächst Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, fallen erwerbslose Flüchtlinge aus der Ukraine in die Statistik Bereich des SGB II. Trotz dieses Effekts ergeben sich aus der Zuwanderung aber auch große Chancen, da beispielsweise Geflüchtete aus der Ukraine in der Regel gut ausgebildet sind. „Um die Menschen schnell in Arbeit zu bekommen, fehlt es leider

derzeit leider noch an einem ausreichenden Angebot von Deutschkursen und Kinderbetreuung,“ berichtet Heike Hengster. Mit dem Job-Turbo des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales soll die Situation jetzt mit Hochdruck verbessert werden. Hier will man mit Integrationskursen grundständige Deutschkenntnisse erzielen und im Ausland erworbene Abschlüsse effizienter anerkennen, um den Start auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu beschleunigen.

Ein weiteres Gesprächsthema mit den Liberalen war die Angebots- und Nachfrageentwicklung der Ausbildungsplätze im Agenturbezirk. Im neuen Beratungsjahr 2023/24 sind bundesweit von Oktober 2023 bis Januar 2024 etwas weniger Ausbildungsstellen gemeldet worden als im Vorjahreszeitraum. Die Bewerberzahl hat dagegen zugenommen. Im Hanauer Agenturbezirk gibt es demgegenüber bis jetzt weniger Bewerberinnen und Bewerber. Problematisch für Auszubildende ist häufig die Frage der Unterbringung am Berufsschulstandort oder am Betriebsort, nicht zuletzt wegen knappen Wohnraums in Ballungsgebieten und hoher Mieten. Ein vielversprechendes Konzept ist hier das Modell des Azubi-Campus wie im hessischen Fulda. Hier werden Gleichaltrige und Gleichgesinnte nicht nur untergebracht, sondern man schafft direkt eine Community und schlägt mehrere Fliegen mit einer Klappe. Im Main-Kinzig-Kreis gibt es bereits konkrete Pläne einen Campus für Azubis zu schaffen. Ein Azubi-Campus könnte auch in Hanau ein Erfolgsmodell zur Azubigewinnung sein, befindet der Fraktionsvorsitzende der Hanauer FDP, Henrik Statz. Auch Martin Gutmann, Mitglied der Stadtverordnetenfraktion und Kreishandwerksmeister sieht hier Chancen für ein Leuchtturmprojekt.

Letzter Gesprächspunkt waren die Entwicklungen zum Haus rund um das Erwerbsleben, das als gemeinsame Einrichtung sowohl Langzeitarbeitslose aus dem SGB II und Beziehende des Arbeitslosengeldes nach SGB III betreuen und wieder in den Arbeitsmarkt integrieren soll. Aktuell werden im Agenturbezirk Leistungsempfänger aus dem SGB II und dem SGB III, also Langzeitarbeitslose und Menschen, die kurzfristig ihr Beschäftigungsverhältnis verloren haben, in voneinander unabhängigen Systemen betreut. Bei Einführung des sogenannten Optionsmodells hatte man sich damals bewusst dafür entschieden. Mit dem im Rahmen der Kreisfreiheit entstehenden Haus rund um das Erwerbsleben wird es für Hanau stattdessen eine gemeinsame Einrichtung geben.